

Zweck der postmortalen Vollmacht
 245
 s. a. Vollmacht

R

Rat des Kreises:

in bezug auf Kreispachtverträge
 weder Identität der jetzigen Land-
 kreise im Beitrittsgebiet mit dem frü-
 heren - noch dessen Rechtsnachfol-
 ger 285
 - als unteres Staatsorgan des zentrali-
 stischen Einheitsstaates .. 292, 301
 - mit dem Inkrafttreten der Kommu-
 nalverfassung untergegangen . 301
 Aufgaben des Rates des Kreises in
 bezug auf die Bewirtschaftung land-
 wirtschaftlicher Flächen 302

Rechtsanwalt:

in einfach gelagertem Schadensfall
 Schadensersatz für Inanspruch-
 nahme eines -s zur erstmaligen Gel-
 tendmachung des Schadens nur,
 wenn Geschädigter hierzu aus
 besonderen Gründen nicht in der
 Lage war 348
 Anspruch des Geschädigten auf
 Schadensersatz wegen Inanspruch-
 nahme eines -s, wenn die erste
 Anmeldung nicht zur unverzüglichen
 Regulierung des Schadens
 führt 348

Rechtsanwaltskollegium:

Anspruch des rechtswidrig aus dem -
 der DDR ausgeschlossenen Anwalts
 aus Staatshaftung gegen Kollegium
 57
 - als juristische Person eigener Art
 i.S. des § 11 Abs. 3 ZGB 62
 Disziplinarmaßnahmen des -s Ausü-
 bung hoheitlicher Justizverwaltung
 63
 Zulassung zur Anwaltschaft durch
 Aufnahme in - 64
 - als staatliches Organ i.S. des § 1
 StHG der DDR 65

Rechtsmittel:

keine Erledigung der Hauptsache,
 wenn zunächst aussichtsreich
 erscheinendem - eines Dritten
 infolge nachträglicher Berichtigung
 der angefochtenen Entscheidung die
 Grundlage entzogen ist und die
 ursprünglichen Parteien gegenüber
 dem -führer den Prozeß nicht auf-
 nehmen 74

Rechtsmittelfrist:

auch nach Recht der DDR kein
 Beginn der - ohne Rechtsmittelbe-
 lehrung 70

Rechtsschutzbedürfnis:

Voraussetzungen des -ses zur
 Anfechtung eines einen inhaltsglei-
 chen früheren Beschluß ersetzenden
 Beschlusses der Wohnungseigentü-
 mer 99

Rechtsträger:

grundsätzlich nur natürliche oder
 juristische Personen, nicht aber
 Behörden als - 292

Rehabilitationsleistungen:

Förderungsübergang bei - durch die
 Bundesanstalt für Arbeit s. Arbeits-
 förderung

Republikflucht:

Schadensersatzpflicht nach Anzeige
 einer geplanten - 195
 Anzeigepflicht gegenüber DDR-
 Behörden 195
 Beweislast und Haftung des Lock-
 spitzels 195

Rückwirkung:

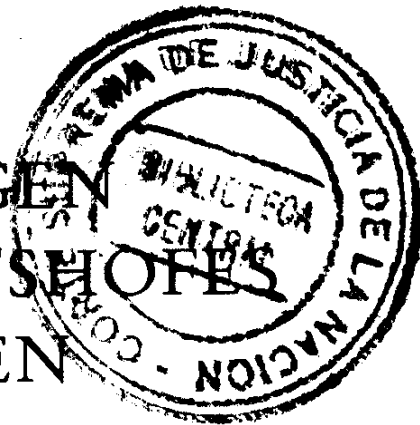
Verfassungsmäßigkeit der - des § 44
 Abs. 1 LandwAnpG 332

S

Sachverständiger:

Haftung des vom arglistigen Verkäu-
 fer beauftragten Sachverständigen
 für Gutachten über den Wert eines
 Grundstücks auch gegenüber dem in
 den Schutzbereich des Gutachterver-
 trages einbezogenen Käufer ... 378

ENTSCHEIDUNGEN
DES BUNDESGERICHTSHOFES
IN ZIVILSACHEN



BGHZ

127. BAND

Biblioteca de la Corte Suprema	
Nº de Orden	89.518
Ubicación	2-103



1995

CARL HEYMANNS VERLAG KG
KÖLN · BERLIN

Berufsfreiheit:

- Ermächtigung des § 9 Abs. 2 BNotO zum Genehmigungsvorbehalt bei Bildung von Notarsozietäten als Eingriff in die Berufsausübungsfreiheit 91
- Zulässigkeit der Ermessensentscheidung gegenüber staatlich gebundenem Beruf wie dem des Notars zwar Gesetzesvorbehalt auch bei Eingriff in die Berufsausübungsfreiheit des Notars, aber Regelung auch durch Regelungszusammenhang mit Berücksichtigung der Auslegung in Rspr. und Schrifttum 93
- Voraussetzungen einer Beschränkung der Berufsausübungsfreiheit 94
- Personalhoheit der Justizverwaltung und Berufsausübungsfreiheit des Notars 94

Bestätigung:

- Voraussetzungen der - eines nichtigen Rechtsgeschäfts 269

Betriebsaufspaltung:

- bei - Verantwortlichkeit der identischen Gesellschafter von Besitz- und Betriebsgesellschaft für ordnungsgemäße Finanzierung der Betriebsgesellschaft 5

Beurkundungsbedürftigkeit:

- keine - der aus Auftrag erwachsenen Herausgabepflicht des zum Grundstückseigentümer gewordenen Treuhänders 168
- des Vertrages, durch den ein vollzogener Grundstückskaufvertrag aufgehoben werden soll 168
- des Auftrags zur Verschaffung eines Grundstücks mit Begründung einer Erwerbsverpflichtung des Auftraggebers 171
- Normzwecke des § 313 Satz 1 BGB 172
- Heilung des Formmangels durch Eintragung ins Grundbuch ... 175

- Voraussetzungen eines Verstoßes gegen Treu und Glauben bei Berufung auf Formnichtigkeit 175

Beweislast:

- kein Verstoß der -regelung des § 51 Buchst. b Satz 2 ADSP gegen Vorschriften des AGBG 275
- des Beschenkten für Einwand des Fortfalls der Bereicherung ... 358

Billigkeitshaftung:

- Berücksichtigung der Kfz-Pflichtversicherung bei Entscheidung über die auf Schmerzensgeld gerichtete - des schuldlos handelnden Verursachers eines Verkehrsunfalls 186

D**Darlegungslast:**

- Umfang der - des Architekten und qualifiziertes Bestreiten des Auftraggebers in bezug auf die Grundlagen der bei der Schlußrechnung zu berücksichtigenden Grundlagen 254

Darlehen:

- Abgrenzung der stillen Gesellschaft vom partriarchischen - 176

DDR:

- Beurteilung der Schuldverhältnisse nach Recht der -, sofern dieses Recht zur Zeit der Verwirklichung ihres Entstehungstatbestands gegolten hat 61
- Rechtsvorschriften der - als partielles Bundesrecht oder sonstiges deutsches Recht, dessen Geltung sich über den Bezirk eines OLG erstreckt 61
- Auslegung und Anwendung von Vorschriften des Zivilrechts der - 199
- Begriff des persönlichen Eigentums in der - 200
- Beschränkung der auf strafrechtlichen Vorschriften der - beruhenden Rechtfertigungsgründe durch übergeordnete Rechtsgrundsätze . 202

- Grundlagen der besonderen Haftung des Sachverständigen 381
 Gutachtenvertrag als Werkvertrag 384
- Schaden:**
 Verdienstausfallschaden s. dort
- Schadensersatz:**
 Voraussetzungen der Haftung auf - nach Anzeige einer geplanten Republikflucht 195
 in einfach gelagertem Schadensfall - für Inanspruchnahme eines Anwalts zur erstmaligen Geltendmachung des Schadens nur, wenn Geschädigter hierzu aus besonderen Gründen nicht in der Lage war 348
 Anspruch des Geschädigten auf - wegen Inanspruchnahme eines Anwalts, wenn die erste Anmeldung nicht zur unverzüglichen Regulierung des Schadens führt 348
 keine Haftung des Schädigers für den zur Wahrung seiner Rechte und Durchsetzung seines Anspruchs erforderlichen gewöhnlichen Zeitaufwand des Geschädigten .. 352
- Schenkung:**
 Heilung eines formnichtigen -versprechens unter Lebenden durch Leistung mit Hilfe einer postmortalen Vollmacht 242
 Voraussetzungen einer Abtretbarkeit des Anspruchs auf Rückforderung der - nach § 528 BGB 354
 Zweck des § 528 BGB 356
 Beweislast des Beschenkten für Einwand des Fortfalls der Bereicherung 358
- Schmerzensgeld:**
 Berücksichtigung der Kfz-Pflichtversicherung bei Entscheidung über die auf - gerichtete Billigkeitshaftung des schuldlos handelnden Verursachers eines Verkehrsunfalls .. 186
- Schutzbereich:**
 Haftung des vom arglistigen Verkäufer beauftragten Sachverständigen für Gutachten über den Wert eines Grundstücks auch gegenüber dem in den - des Gutachtenvertrages einbezogenen Käufer 378
 Voraussetzungen der Einbeziehung eines Dritten in den - des Vertrages 380
- Sozialhilfe:**
 Beiträge zu privaten Versicherungen kein Bedarf i.S. des -rechts 45
- Spediteurbedingungen:**
 kein Verstoß der Beweislastregelung des § 51 Buchst. b Satz 2 ADSp gegen Vorschriften des AGBG 275
 Haftung des Spediteurs aufgrund vermuteten Verschuldens mit summenmäßiger Begrenzung 277
 Haftungssystem der ADSp ... 277
 Allgemeine - als AGB besonderer Art 281
 Umfang der Darlegungslast des Spediteurs hinsichtlich der von ihm beachteten Sorgfalt 284
- Staatshaftung:**
 Anspruch des rechtswidrig aus dem Rechtsanwaltskollegium der DDR ausgeschlossenen Anwalts aus - gegen das Kollegium 57
 Rechtsanwaltskollegium als staatliches Organ i.S. des § 1 StHG der DDR 65
 Inhalt der - der DDR 66
 Unterbindung anwaltlicher Tätigkeit als Eingriff in persönliches Eigentum 68
 Voraussetzungen eines Haftungsausschlusses bei Nichtgebrauch eines Rechtsmittels 69
 Verjährung der -sansprüche gegen Organe der DDR 70
 Hemmung der Verjährung, weil gerichtliche Hilfe in der praktischen Lebenswirklichkeit der DDR wegen konkreter politischer Zwänge nicht in Anspruch genommen werden konnte 70

Schutzzweck der verletzten Amtspflicht oder der behördlichen Maßnahme als Kriterium für inhaltliche Bestimmung und sachliche Begrenzung der - 73

T

Testamentsvollstrecker:

Umfang der Auskunftspflicht des sowohl für die Vorerbschaft als auch für die Nacherben eingesetzten -s 360

Zulässigkeit der Einsetzung desselben -s für Vor- und Nacherbschaft 362

Tonbandaufnahme:

heimliche - vom Verlauf der Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft als Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts der übrigen Hauptversammlungsteilnehmer 116

Treuhanderwerb:

keine Beurkundungsbedürftigkeit der Herausgabepflicht des Treuhänders, der im Wege des -s Grundstückseigentümer geworden ist ... 168

Treu und Glauben:

Voraussetzungen eines Verstoßes gegen - bei Berufung auf Formnichtigkeit 175
- als allen Rechtsordnungen immanenter übergesetzlicher Rechtssatz 217

U

Überweisung gepfändeter Forderungen s. Pfändung

Urteilsberichtigung:

s. Berichtigungsbeschluß

V

Verbandsklage:

Zulässigkeit der - nach § 13 AGBG auch nur wegen der Abwicklung alter Verträge eines die zu beanstan-

denden Klauseln in neue Verträge nicht mehr einbeziehenden Verwendern 35
Zweck der - 38

Verdienstausfallschaden:

Ermittlung des entschädigungspflichtigen -s eines sozialversicherten Arbeitnehmers 391

- bei nur quotenmäßiger Haftung und Berücksichtigung der steuerlichen Progressionsdifferenz .. 391

Bruttolohnmethode zur Berechnung des -s 393

modifizierte Nettolohnmethode zur Berechnung des -s 394

Verjährung:

bösliche Handlungsweise i.S. des § 31 Abs. 5 Satz 2 GmbHG ... 34

Lauf und Hemmung der - von Staatshaftungsansprüchen gegenüber Organen der DDR 70

Vermögensübernahme:

keine Haftung wegen - bei öffentlich-rechtlichen Vorgängen 295, 304

Vertrag mit Schutzwirkung für Dritte:

s. Schutzbereich

Vertragsauslegung:

Grundsätze zur ergänzenden - 142

Vertragsgesetz:

Geltung des -es für vor dem Beitritt begründete Schuldverhältnisse 315
vom Rat des Kreises mit einer LPG abgeschlossene Nutzungsverträge als Wirtschaftsverträge i.S. des -es 316

Erhaltungspflicht nach dem - 316

Verwaltungsakt:

Voraussetzungen der Zulässigkeit einer Nebenbestimmung zu einem -, auf den ein Anspruch besteht .. 89

Heilung eines auf unwirksamer gemeindlicher Satzung beruhenden Gebührenbescheids durch Erlaß einer wirksamen Satzung 223

Verwaltungsvermögen:

Übergang des -s der ehemaligen DDR auf den mit den jeweiligen Verwaltungsaufgaben befaßten Träger 302
 Kreisverträge spätestens seit Inkrafttreten des LandwAnpG kein Bestandteil des -s 303

Vollmacht:

Verpflichtung der Bank zur Ausführung der Weisungen des auf eine postmortale - sich berufenden Nichterben 239
 Risiko des Vertretenen in bezug auf Mißbrauch der - 241
 Voraussetzungen und Umfang der Prüfungspflichten des Vertragspartners 241
 Heilung eines formnichtigen Schenkungsversprechens unter Lebenden durch Leistung mit Hilfe einer postmortalen - 242

Vollstreckungsgegenklage:

Gegenstand der - 149

Vorerbschaft:

s. Nacherbschaft

W**Warenzeichen:**

keine Rückwirkung der Aufhebung des Verbots der Leerübertragung von - 262
 Voraussetzungen der Bestätigung einer nichtigen, nach geändertem Recht zulässigen Leerübertragung von - 262
 Erwerb eines wegen Nichtbenutzung löschungsreifen Zeichens zur Schwächung der kennzeichenrechtlichen Stellung eines Wettbewerbers durch einmalige Benutzung als zweckfremder Einsatz im Wettbewerb 263
 keine rückwirkende Schutzwirkung eines erstreckten -s gegenüber vor

dem 1. 5. 1992 im Beitrittsgebiet begangenen Verletzungshandlungen 263

Umfang des zeichenrechtlichen Schutzes eines nach der Herstellung der Einheit Deutschlands eingetragenen Wiederholungszeichens .. 263

Weigerungsverbot im Kartellrecht

..... 388

Wertgutachten:

s. Gutachten

Wettbewerb:

Verfügung der Kartellbehörde, die Aufnahme eines diskriminierten Unternehmens in einen Verein nicht zu verweigern, nicht deshalb rechtswidrig, weil damit im Ergebnis das Gebot zu einem bestimmten Handeln ausgesprochen wird 388

Wohnungseigentümer:

Voraussetzungen des Rechtsschutzbedürfnisses für Anfechtung eines inhaltsgleichen früheren Beschluß ersetzenden Beschlusses der - 99
 Bestandskraft des in der Frist des § 23 Abs. 4 WEG nicht angefochtenen, den in der Gemeinschaftsordnung festgelegten Kostenbeteiligungsmaßstab ändernden Mehrheitsbeschlusses 99
 keine Eintragungsbedürftigkeit und damit auch keine Eintragungsfähigkeit der Beschlüsse der - 104
 kein Vertrauensschutz des neuen -s auf im Grundbuch eingetragene Gemeinschaftsordnung 105

Z**Zivilgesetzbuch:**

grundsätzlich Fortbestand der seit Einführung des -s der DDR als Vertragstyp nicht mehr vorgesehenen Verträge 312

Zuwendung:

unbenannte - unter Ehegatten als ehebezogenes Rechtsgeschäft eige-

ner Art mit Ausgleichsanspruch nach Scheitern der Ehe 50
 Arbeitsleistungen zwar keine -, aber gleichwohl Grundlage eines Ausgleichsanspruchs nach Scheitern der Ehe 51
 unbenannte - in der Regel keine Schenkung 52

Zwangsvollstreckung:

Anspruch des Schuldners, der die titulierte Forderung vollständig erfüllt hat, auf Herausgabe des Titels in analoger Anwendung des § 371 BGB jedenfalls dann, wenn die - bereits aufgrund einer Klage aus § 767 ZPO für unzulässig erklärt worden ist 146

Gutgläubensschutz des Dritten, der aufgrund der Überweisung einer mangels Eintragung ins Grundbuch unwirksamen Pfändung einer durch eine Buchhypothek gesicherten Forderung gezahlt hat 146
 Geltung der für akzessorische Sicherungsrechte kennzeichnenden untrennbaren Verbindung zwischen Forderung und Hypothek auch in der - 150
 Rückdatierung des Zahlungsverbots auf Zeitpunkt der Zustellung nur bei nachfolgend wirksamer Pfändung 151
 Wirksamkeit der Pfändung als Wirksamkeitsvoraussetzung für Überweisungsbeschluß 152

- ses für eigenkapitalersetzende Nutzung eines Grundstücks aus dem zur Deckung des Stammkapitals erforderlichen Vermögen der Gesellschaft 21
- Gegenstand der -regeln 23
- Gegenstand der als Ergebnis der Umqualifizierung eintretenden Abzugssperre bei Darlehen 24
- Gegenstand der als Ergebnis der Umqualifizierung eintretenden Abzugssperre bei Nutzungsüberlassung von Wirtschaftsgütern 25
- Behandlung von Darlehen als - in der DDR erst ab 1. 7. 1990 . 221
- Voraussetzungen der Umqualifizierung eines Darlehens in - ... 221
- Voraussetzungen der Umqualifizierung einer der Gesellschaft früher gewährten Kredithilfe durch »Stehenlassen« 336
- Finanzierungsfolgenverantwortung des Gesellschafters 345
- Verpflichtung des Gesellschafters zur Informierung über die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft, insbesondere über den eventuellen Eintritt einer Krise 346
- Eigentum:**
persönliches und Privateigentum nach der sozialistischen -lehre der DDR 67, 200
- Eigentumsgarantie:**
zulässige Beseitigung der durch die -geschützten Rechtspositionen bei Neuregelung eines Rechtsgebiets, wenn diese verfassungsmäßig und durch Gründe des öffentlichen Interesses unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit gerechtfertigt ist 325
- Einigungsvertrag:**
Übergang des Verwaltungsvermögens nach dem - 293
- Erledigung der Hauptsache:**
nach Berichtigungsbeschluß s. dort

F

- Finanzvermögen** nach dem Einigungsvertrag 294
- Folgenbeseitigungsanspruch** als »verkümmerter Schadensersatzanspruch« 228
- Formnichtigkeit:**
Voraussetzungen eines Verstoßes gegen Treu und Glauben bei Berufung auf - 175
- Funktionsnachfolge:**
Voraussetzungen der Haftung wegen - 295, 304

G

- Geldwäschegesetz:**
Identifizierungspflicht der Kreditinstitute nach dem - 229
- geltungserhaltende Reduktion:**
keine - bei der Inhaltskontrolle inhaltlich nicht trennbarer AGB 47
- Genehmigung:**
Nichtigkeit eines behördlicher -bedürftigen Vertrages, wenn die oberste -behörde bereits öffentlich bekannt gemacht hat, daß sie die -generell versagen werde, und an der Rechtmäßigkeit der Versagung keine Zweifel bestehen 368
- Wirksamwerden eines schwebend unwirksamen Geschäfts auch wenn die -spflicht nach neuen gesetzlichen Vorschriften entfällt 375
- Nichtigkeit eines behördlicher -bedürftigen Vertrages erst nach unanfechtbar gewordener Versagung der - 377
- Geschäftsbedingungen:**
Verbandsklage nach § 13 AGBG auch nur wegen der Abwicklung alter Verträge eines die zu beanstandenden Klauseln in neue Verträge nicht mehr einbeziehenden Verwenders 35
- kein Ausschluß der Inhaltskontrolle von Laufzeitbestimmungen in AGB

- eines Unfallversicherers durch § 8
AGBG 35
- Verstoß der formularmäßigen
Bestimmung über zehnjährige Lauf-
zeit eines Unfallversicherungsvertra-
ges gegen § 9 Abs. 1 AGBG .. 35
- Bereichsausnahmeregelung des § 23
Abs. 1 AGBG auch für stille Gesell-
schaft 176
- unwirksame Mietvorauszahlungs-
klausel in Verbindung mit Aufrech-
nungsverbotsklausel in AGB von
Wohnraummietverträgen 245
- wirksame isolierte Mietvorauszah-
lungsklausel in AGB von Wohn-
raummietverträgen 249
- Transparenzgebot für AGB ... 254
- kein Verstoß der Beweislastregelung
des § 51 Buchst. b Satz 2 ADSp
gegen Vorschriften des AGBG 275
- ADSp als AGB besonderer Art 281
- Geschäftsgrundlage:**
Voraussetzungen des Wegfalls der -
für Altkreditschulden einer VEB-
Nachfolge-GmbH 217
- Gesellschaft:**
Abgrenzung der stillen - vom partia-
rischen Darlehen 176
- Bereichsausnahmeregelung des § 23
Abs. 1 AGBG auch für stille - 176
- Beschränkung der Geschäftsfüh-
rungsbefugnis im Innenverhältnis
durch Unternehmensgegenstand
..... 180
- nach Auflösung der stillen - keine
Auseinandersetzung über Geschäfts-
wert des Handelsgeschäfts ... 181
- Gesetzlicher Richter:**
Berufung ehrenamtlicher Landwirt-
schaftsrichter 327
- ehrenamtlicher Richter als - . 329
- Grundsätze zur Berufung ehrenamt-
licher Richter 330
- Anforderungen an Besetzungsrüge
..... 331
- GmbH:**
Voraussetzungen der Heilung eines
formnichtigen Verkaufs von
Geschäftsanteilen 129
- Zweck der Formvorschrift des § 15
Abs. 4 Satz 1 GmbHG 135
- Sinn der Heilungsvorschrift des § 15
Abs. 4 Satz 2 GmbHG 136
- Grundbuch:**
keine Eintragungsbedürftigkeit und
damit auch keine Eintragungsfähig-
keit der Beschlüsse der Wohnungsei-
gentümer 104
- kein Vertrauensschutz des Erwer-
bers von Wohnungseigentum auf im
- eingetragene Gemeinschaftsord-
nung 105
- Grundstückserwerb:**
Umfang der Beurkundungsbedürf-
tigkeit bei - durch zur Herausgabe
des Grundstücks verpflichteten
Treuhandwerker 168
- Formbedürftigkeit des Grundstücks-
kaufaufhebungsvertrages 168
- Gutachten:**
Haftung des vom arglistigen Verkäuf-
fer beauftragten Sachverständigen
für - über den Wert eines Grund-
stücks auch gegenüber dem Käufer
..... 378
- vertrag als Werkvertrag 384
- vertrag und Mitverschulden des
Auftraggebers 385
- vertrag und Mitverschulden des in
den Schutzbereich des -vertrages ein-
bezogenen Dritten 387
- Gütertrennung:**
nach Scheitern der Ehe Ausgleichsan-
spruch des Ehegatten, der bei -
durch Mitarbeit im Betrieb des Ehe-
partners dessen Vermögen vermehrt
hat 48
- H**
- Hauptversammlung:**
Anspruch des Aktionärs auf
Abschrift des von der Gesellschaft

veranlaßten -protokolls, soweit es um die eigenen Fragen und Redebeiträge sowie um die daraufhin gegebenen Antworten und Stellungnahmen geht 107
 Verpflichtung des Aktionärs zur Erstattung der durch die Abschrift des -protokolls der Gesellschaft entstandenen Kosten 107
 Verpflichtung des Leiters der - zum Hinweis auf die von ihm beaufsichtigte Aufzeichnung der Redebeiträge durch Tonträger 109
 Zweck des durch Tonträger aufgezeichneten Wortprotokolls vom Verlauf der - 110
 Rechtsgrundlage für Anspruch des Aktionärs auf Abschrift der seine Fragen und Redebeiträge betreffenden Aufzeichnungen 113
 Verbot der heimlichen Tonbandaufnahme vom Verlauf der - ... 116

Hinweispflicht:

Umfang der - des Gerichts auf fehlenden Sachvortrag 260

Honorar des Architekten s. Architektenhonorar

I

Inhaltskontrolle:

Verbandsklage nach § 13 AGBG auch nur wegen der Abwicklung alter Verträge eines die zu beanstandenden Klauseln in neue Verträge nicht mehr einbeziehenden Verwenders 35
 kein Ausschluß der + von Laufzeitbestimmungen in AGB eines Unfallversicherers durch § 8 AGBG 35
 Verstoß der formularmäßigen Bestimmung über zehnjährige Laufzeit eines Unfallversicherungsvertrages gegen § 9 Abs. 1 AGBG .. 35
 Beurteilungsmaßstab für - allgemeiner Versicherungsbedingungen . 40
 Abgrenzung der AGB von den der - nicht unterworfenen bloßen Lei-

stungsbeschreibungen 41
 Verbot der geltungserhaltenden Reduktion inhaltlich nicht trennbarer AGB 47

J

Justizverwaltung:

Organisationsgewalt und Organisationsermessen der - bei Errichtung, Ausgestaltung und Einziehen von Notarstellen einschließlich der Genehmigung der Verbindung mehrerer Nur-Notare zur gemeinsamen Berufsausübung 90
 Schutz der Personalhoheit der - bei der Besetzung der Notarstellen durch Genehmigungsvorbehalt für Bildung von Nur-Notarsozietäten 94
 Zweck der Personalhoheit der - 95

K

Kapitalersatz durch Nutzungsüberlassung s. Eigenkapitalersatz

Kfz-Pflichtversicherung:

Berücksichtigung der - bei Entscheidung über die auf Schmerzensgeld gerichtete Billigkeitshaftung des schuldlos handelnden Verursachers eines Verkehrsunfalls 186
 Zweck der - 191

Klageerhebung:

weder Gemeinschuldner noch Konkursverwalter beklagte Partei bei vom Gericht veranlaßter Zustellung der in Unkenntnis der Konkursöffnung gegen den Gemeinschuldner gerichteten Klage an den Konkursverwalter 156
 Parteistellung des Konkursverwalters erst mit der Erklärung des Klägers, daß die Klage sich gegen den Konkursverwalter richte 156

Kommunalvermögensgesetz:

Umfang des nach dem - auf die Gemeinden, Städte und Landkreise

kostenlos übertragenen Vermögens
..... 290

Konkurs:

Verwertungsrecht des -verwalters an
eigenkapitalersetzender Nutzungs-
überlassung 1, 17
im - der Gesellschaft grundsätzlich
keine Verpflichtung des Gesellschaf-
ters zur Ersetzung des Nutzungs-
rechts durch Geld 1, 17
Voraussetzungen eines davon abwei-
chenden Anspruchs des -verwalters
auf Wertersatz 1
weder Gemeinschuldner noch -ver-
walter beklagte Partei bei vom
Gericht veranlaßter Zustellung der in
Unkenntnis der -eröffnung gegen
den Gemeinschuldner gerichteten
Klage an den -verwalter 156
Parteistellung des -verwalters erst
mit der Erklärung des Klägers, daß
die Klage sich gegen den -verwalter
richte 156
keine Änderung des Inhalts eines vor
Eröffnung des -verfahrens über das
Vermögen des Mieters entstandenen,
noch nicht erfüllten Rückgabeans-
pruchs, wenn dieser als Aussonde-
rungsanspruch geltend gemacht
wird 156
Verpflichtung des -verwalters zur
Räumung der auszusondernden
Mietsache zu Lasten der Masse 156
Geltendmachung des Eigentumsher-
ausgabeanspruchs des Vermieters
wie des schuldrechtlichen Rückgabe-
anspruchs im - des Mieters gegen-
über dem -verwalter im Wege der
Aussonderung 160
Voraussetzungen des Aussonde-
rungsanspruchs 161
Massebefangenheit und Aussonde-
rung 161

Konkursmasse:

bis zur Freigabe durch den Konkurs-
verwalter auch unverwertbare

Gegenstände des Betriebsvermögens
als Teil der - 163

Konteninhaber:

Auftreten oder Bezeichnung als For-
derungsberechtigter maßgeblich für
Feststellung der -schaft 231
formale Rechtsposition als - maß-
geblich für Feststellung des Verfü-
gungsberechtigten 234
Sicherstellung der korrekten Identifi-
kation des -s durch § 154 AO 235

Kontensperre:

Zweck der - gemäß § 154 AO 235
- und Geldwäschegesetz 237

Kontenwahrheit:

durch § 154 AO lediglich Gewährlei-
stung der formalen - 229
keine Erweiterung des Anwendungsbereichs des § 154 Abs. 2 AO durch
Identifikationspflicht nach § 8 Geld-
wäscheG 229

Kreispahtverträge:

in bezug auf - weder Identität der jet-
zigen Landkreise im Beitrittsgebiet
mit den früheren Räten der Kreise
noch Rechtsnachfolge 285
keine Haftung der jetzigen Land-
kreise für die von den früheren
Räten der Kreise abgeschlossenen
Nutzungsverträge über landwirt-
schaftliche Grundstücke 285
mangels ausdrücklicher Zuweisung
an anderen Rechtsträger nur DDR
Vertragspartner 292
keine Beurteilung des uneinge-
schränkten Nutzungsrechts der LPG
nach Maßstab des Grundgesetzes
oder dem des ordre public ... 297
keine Haftung der neuen Bundeslän-
der für Verbindlichkeiten des frühe-
ren Rates des Kreises aus -n .. 297
kein Schadensersatzanspruch des
Eigentümers eines Kreispahtbetrie-
bes gegen LPG aus eigenem Recht
..... 297
Anspruch des Eigentümers eines
Kreispahtbetriebes gegen Landkreis

auf Abtretung des wegen Nichtrückgabe oder Verschlechterung der Pachtsache gegenüber LPG bestehenden Schadensersatzanspruchs 297
 Erklärung und Entgegennahme einer Kündigung des mit dem Rat des Kreises geschlossenen Vertrages durch die heutige Kreisbehörde regelmäßig als entsprechende Abtretung des Schadensersatzanspruchs 298
 - spätestens seit Inkrafttreten des LandwAnpG kein Bestandteil des Verwaltungsvermögens 303

L

Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft:

Fortfall des gesetzlichen Nutzungsrechts der LPG an dem vom Rat des Kreises überlassenen Boden mit Wirkung vom 1. 7. 1990 293
 eigentumsähnliches uneingeschränktes Nutzungsrecht der LPG an dem ihr überlassenen Boden und Inventar 306
 keine rechtlichen Verpflichtungen der LPG gegenüber dem Eigentümer 306
 Rückgabepflicht in bezug auf »Eiseninventar« gegenüber dem Rat des Kreises 315

Landwirtschaftsanpassungsgesetz:

Zweck des -es 293, 303
 verfassungsrechtliche Unbedenklichkeit der auf Waldbestände bezogenen Legalenteignung der LPGen durch § 64 a Abs. 1 Satz 1 - n.F. 320
 Behandlung der in Form von Forstbeständen erbrachten zusätzlichen Inventarbeiträge durch das - . 321
 durch - nur verbandsrechtliche Vermögensauseinandersetzung innerhalb der Genossenschaft, keine Begründung von Ansprüchen Dritter oder gegen Dritte 323

Zusammenrechnung der Mitgliedszeit eines vor dem 16. 3. 1990 verstorbenen Erblassers mit der eines Mitgliedserben 327
 Verzinsung von Fondsausgleichs- und Inventarbeiträgen 327
 keine Anrechnung der Bodenanteile auf die Bodennutzungsvergütung 327

Leerübertragung:

keine Rückwirkung der Aufhebung des Verbots der - von Warenzeichen 262
 Voraussetzungen der Bestätigung einer nichtigen, nach geändertem Recht zulässigen - von Warenzeichen 262

M

Miete:

Anspruch des Vermieters auf Rückgabe der Mietsache im Konkurs des -rs 156
 unwirksame Mietvorauszahlungsklausel in Verbindung mit Aufrechnungsverbotsklausel in AGB von Wohnraummietverträgen 245
 wirksame isolierte Mietvorauszahlungsklausel in AGB von Wohnraummietverträgen 249
 Bereicherungsanspruch des -rs nach Mietvorauszahlung und wegen Mangels der Mietsache kraft Gesetzes eintretender Mietzinsminderung 251
 Durchsetzung der Minderung im Regelfall durch schlichten Abzug von der - 252
 Wirkung des Zurückbehaltungsrechts des -rs wegen Mangels der Mietsache 253

Mietkaution:

mangels ausdrücklicher anderweiter Vereinbarung regelmäßig Verpflichtung des Vermieters zur Anlage der - zu dem für Spareinlagen mit dreimonatiger Kündigungsfrist üblichen

Zinssatz auch bei Mietverträgen
über gewerbliche Räume 138
Zweck der - 143

Mitverschulden:

Gutachtenvertrag und - des Auftrag-
gebers 385
Gutachtenvertrag und - des in den
Schutzbereich des Gutachtenvertra-
ges einbezogenen Dritten 387

N**Nacherbentestamentsvollstrecker:**

s. Testamentsvollstrecker

Nacherbschaft:

Umfang der Auskunftspflicht des
sowohl für die Vorerbschaft als auch
für den Nacherben eingesetzten
Testamentsvollstreckers 360
Zulässigkeit der Einsetzung dessel-
ben Testamentsvollstreckers für Vor-
erbschaft und - 362
vor Nacherbfall lediglich Anwart-
schaft des Nacherben auf den Nach-
laß 364

»Neutrex« 263

Nichtigkeit:

Voraussetzungen der Heilung eines
formnichtigen Verkaufs von GmbH-
Geschäftsanteilen 129
Voraussetzungen der Heilung eines
formnichtigen Grundstücksges-
chäfts 137
Voraussetzungen der Bestätigung
eines nichtigen Rechtsgeschäfts 269

Notar:

Organisationsgewalt und Organisa-
tionsermessen der Justizverwaltung
bei Errichtung, Ausgestaltung und
Einziehen von -stellen einschließlich
der Genehmigung der Verbindung
mehrerer Nur-Notare zur gemeinsa-
men Berufsausübung 90
s. a. Nur-Notar

Nur-Notar:

pflichtgemäßes Organisationsermes-
sen der Aufsichtsbehörde bei Geneh-

migung der gemeinsamen Berufsaus-
übung durch -e 83

Befugnis der Aufsichtsbehörde zur
Versagung der Genehmigung mehr-
gliedriger Sozietäten von -en .. 83

Ausübung eines staatlich gebunden-
en Berufs durch Notar bei Wahr-
nehmung öffentlicher Aufgaben auf
dem Gebiet der vorsorgenden
Rechtspflege 90

Nutzungsüberlassung als Eigenkapi-
talersatz s. dort

P**Personalhoheit:**

Gewährleistung der - der Justizver-
waltung bei der Besetzung von
Notarstellen durch Genehmigungsvor-
behalt für Bildung von Nur-
Notarsozietäten 94
Zweck der - der Justizverwaltung 95

Pfandrecht:

Gegenstand des irregulären oder
unregelmäßigen -s 140

Pfändung:

Unwirksamkeit der - einer Forde-
rung, für die eine Buchhypothek
besteht, solange die - nicht in das
Grundbuch eingetragen ist .. 146
Gutgläubensschutz des Dritten, der
aufgrund der Überweisung einer
mangels Eintragung in das Grund-
buch unwirksamen - einer durch
eine Buchhypothek gesicherten For-
derung gezahlt hat 146
Rückdatierung des Zahlungsverbots
auf Zeitpunkt der Zustellung nur bei
nachfolgend wirksamer - 151
Wirksamkeit der - als Wirksamkeits-
voraussetzung für Überweisungsbe-
schluß 152

postmortale Vollmacht:

grundsätzlich Verpflichtung der
Bank zur Ausführung der Weisungen
des auf eine - sich berufenden Nicht-
erben 239

Grundrechtsgarantien und grundlegende Wertungen der Verfassungsordnung des Grundgesetzes als Maßstab auch für diejenigen Vorschriften der -, die nur noch bei der Beurteilung der abgeschlossenen Altfälle heranzuziehen sind 204
keine Identität der Räte der Kreise mit den heutigen Landkreisen 288
- als Einheitsstaat ohne selbständige Träger öffentlicher Verwaltung 288
Kreise als Organe der Staatsgewalt unter Aufsicht der Volkskammer

..... 288
keine Beurteilung von Akten der Staatsgewalt der - am Maßstab des Grundgesetzes 307
grundsätzlich Fortbestand der seit Einführung des Zivilgesetzbuchs nicht mehr vorgesehenen Verträge 312
Wirtschaftsverträge mit Unternehmen in der früheren - und devisenrechtlicher Genehmigungszwang 368
- und Staatshaftung s. dort

Devisenrecht:

Nichtigkeit eines behördlicher Genehmigung bedürftigen Vertrages, wenn die oberste Genehmigungsbehörde bereits öffentlich bekannt gemacht hat, daß sie die Genehmigung generell versagen werde, und an der Rechtmäßigkeit der Versagung keine Zweifel bestehen 368
im Verhältnis zur DDR Geltung des alliierten -s auch nach Erlaß des Außenwirtschaftsgesetzes 373
- des Außenwirtschaftsgesetzes als den Sachverhalt ohne Rücksicht auf das anzuwendende Privatrecht regelndes öffentliches Recht .. 374

Dienstleistungsgenehmigung:

Wirtschaftsverträge mit Unternehmen in der früheren DDR und - 373

Diskriminierung:

Verfügung der Kartellbehörde, die Aufnahme eines diskriminierten Unternehmens in einen Verein nicht zu verweigern, nicht deshalb rechtswidrig, weil damit im Ergebnis das Gebot zu einem bestimmten Handeln ausgesprochen wird 388

Dritthftung:

s. Schutzbereich

E

Eigenkapitalersatz:

zeitliche Grenzen eigenkapitalersetzender Nutzungsüberlassung ... 1
Verwertungsrecht des Konkursverwalters an eigenkapitalersetzender Nutzungsüberlassung 1, 17
im Konkurs der Gesellschaft grundsätzlich keine Verpflichtung des Gesellschafters zur Ersetzung des Nutzungsrechts durch Geld 1, 17
Voraussetzungen eines davon abweichenden Anspruchs des Konkursverwalters auf Wertersatz 1
Voraussetzungen der Umqualifizierung einer von den Gesellschaftern gewährten Unterstützung in - .. 6
Rechtsfolgen der eigenkapitalersetzenden Nutzungsüberlassung ... 7
kein Eigentumsübergang an den der Gesellschaft zur Nutzung überlassenen Sachen auf die Gesellschaft . 8
kein Anspruch der Konkursmasse auf Übertragung des Eigentums an einem zur eigenkapitalersetzenden Nutzung überlassenem Grundstück oder auf dessen Herausgabe an den Konkursverwalter zum Zwecke der Verwertung durch Veräußerung 17
grundsätzlich kein Anspruch der Konkursmasse auf Ersatz des Verkehrswerts oder des kapitalisierten Werts der weiteren Nutzung des Grundstücks 17
unzulässige Erfüllung des Anspruchs auf Zahlung des Miet- oder Pachtzin-